

Zwischen Dynamik und Dynamit

OFFENER BRIEF AN FRAU BUNDESMINISTERIN WIECZOREK-ZEUL
(Bonn, 22.3.06)

Sehr geehrte Frau Ministerin,

gestern hatte ich Gelegenheit, im Rahmen der von der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung ausgerichteten Veranstaltungsreihe „Bonner Forum Kirche und Entwicklung“ Ihren Vortrag „Armut überwinden – alte Ziele, neue Strategien?“ zu hören.

In diesem Zusammenhang stand – wie nicht anders zu erwarten – die Frage nach dem bevorstehenden Bundeswehreininsatz in der Demokratischen Republik Kongo im Raum. In gewohnt souveräner Art beantworteten Sie die geäußerten Zweifel an der Sinnfälligkeit eines solchen Einsatzes mit dem Hinweis, dass man doch bitte schön etwas genauer hinsehen müsse, bevor man zu einem abschließenden Urteil über Sinn und Unsinn einer solchen Maßnahme gelange. Es gehe schließlich u.a. auch darum, ein vor Jahren begonnenes Projekt im Osten des Kongo zur Herstellung von Anti-Aids-Generika weiterführen zu können. Hierfür sei eine Stabilisierung der politischen Rahmenbedingungen im gesamten Land erforderlich, und hierzu diene die Entsendung der EU-Truppen, deren Einsatz auf die Hauptstadt Kinshasa beschränkt bleibe.

Heute nun lese ich in der Ausgabe der Frankfurter Rundschau Ihre gesellschaftspolitischen Leitideen, mit denen Sie die Programmdebatte innerhalb der SPD anreichern wollen. Meine besondere Aufmerksamkeit galt bei der Lektüre dieser Leitideen dem letzten Kapitel mit der Überschrift „Dynamische Friedenspolitik“. Darin betonen Sie, dass das friedenspolitische Engagement der letzten Bundesregierung durch „die Auseinandersetzung mit der Bush-Administration zum Irakkrieg ... wieder beeindruckend belegt worden“ sei. „Dabei geht es nicht um ein passives Friedensbekenntnis, sondern um den aktiven und damit dynamischen Einsatz, Frieden zu schaffen, zu erhalten und zu fördern.“ Beispielhaft für eine solche dynamische Friedenspolitik sei der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, wo just in diesen Tagen ein vor 15 Jahren im deutschen Exil zum Christentum konvertierter Afghane von einem „ordentlichen“ Gericht mit der Todesstrafe bedroht wird, sollte er nicht wieder zum rechten Glauben zurückfinden. Eine wahrhaft dramatische Dynamik erhält dieser Fall durch die bekannt gewordene Drohung der Bundesregierung, ihre Soldaten aus dem Land abziehen, sollte es tatsächlich zu einer Verurteilung des betroffenen Mannes kommen. (Eine wunderbare Idee, für die die Bundesregierung viel Lob verdiente, wenn sie es denn ernst meint, insbesondere wenn die Hoffnung nicht ganz unbegründet ist, dass die Todesstrafe nicht vollstreckt wird.)

An dem Beispiel wird die große Kluft zwischen Diskurs und Wirklichkeit in einem angeblich „befriedeten“ Land deutlich. 5 Jahre dynamischer Entlastung eines von den USA mit hohen Verlusten auf Seiten der Zivilgesellschaft geführten „Krieges gegen den Terror“, verbunden mit hohen finanziellen Aufwendungen für die Ausbildung afghanischer Polizei- und Streitkräfte, mit einer modellhaften Einordnung entwicklungspolitischer Spiel-Räume in militär- und sicherheitspolitische Sachzwänge haben offensichtlich nicht vermocht, auch nur den Anschein eines Rechtsstaates nach westlichem Vorbild zu erwecken. Stattdessen sitzen altbekannte Kriegsverbrecher im afghanischen Parlament und Regierung des total von ausländischer Hilfe abhängigen Staates, dem erst vor wenigen Wochen auf einer internationalen Geberkonferenz etliche Milliarden Dollar Wiederaufbauhilfe versprochen wurden. Wohin die seit dem Sturz des Taliban-Regimes in astronomische Höhen gekletterten Gewinne aus dem Anbau und Verkauf von Opium und Heroin geflossen sind und fließen, ist

ein offenes Geheimnis: In die Bewaffnung und Ausrüstung zahlloser Privatarmeen regionaler Warlords, die sich ihre Geschäfte nicht durch dahergelaufene uniformierte, aber nicht unbedingt sehr informierte Friedensstifter vermässeln lassen wollen. Anders sind doch die sich häufenden Attentate auch auf Angehörige der Bundeswehr in den letzten Monaten nicht zu interpretieren.

„Denn die Dynamisierung von Entwicklungsetats heute bedeutet eine dynamisierte Sicherheit morgen“ lautet einer Ihrer Kernsätze in dem erwähnten Dokument.

Mit Verlaub, verehrte Frau Ministerin, ich kann mir unter einer „dynamisierten Sicherheit“ recht wenig vorstellen. Es drängt sich allerdings der Verdacht auf, dass hier im Eifer der programmatischen Formulierungskünste – sicher ungewollt – die begriffliche Nähe zwischen Dynamik und Dynamit unversehens durchgeschlagen ist. Eine Sicherheit auf der Grundlage des je nach Opportunitätskriterien möglichen Einsatzes von Sprengstoff (Dynamit) scheint mir keine sehr attraktive Vision für die Welt von morgen zu sein. Sie entspricht vielmehr der traurigen Wirklichkeit von heute.

Mit Ihrem deutlichen Plädoyer für einen Bundeswehreinsatz in der D.R. Kongo verspielen Sie für mein Empfinden den letzten Kredit, den man in ein „wenigstens noch von der Roten Heidi“ geführtes BMZ haben konnte. Ohne Not laden Sie sich mit solch forschem Auftreten eine Verantwortung auf, die weit über das Gefährdungspotential für jeden einzelnen, mit den Lebensverhältnissen im Kongo nicht gerade auf Du und Du stehenden Bundeswehrsoldaten hinausgeht. Es geht insbesondere um die Glaubwürdigkeit einer Entwicklungspolitik, die sich bewusst dem Prinzip der Nachhaltigkeit verschrieben hat. Die bewaffnete Sicherung eines einmaligen Wahlaktes in einem für die Akteure gänzlich unbekanntem Land verträgt sich gewiß nicht mit diesem Prinzip.

Erlauben Sie einen kurzen Exkurs auf einen weltpolitisch vielleicht unbedeutenderen, gleichwohl nicht weniger dramatischen Fall verfehlter Stabilisierungsbemühungen in einem Land, das zwar nicht der afrikanischen Staatengemeinschaft angehört, dessen Bevölkerung jedoch mehrheitlich afrikanischen Ursprungs ist: Haiti.

Seit 2 Jahren versucht dort eine lateinamerikanisch geführte multinationale UN-Blauhelmtruppe von ca. 7.000 Mann für ein Mindestmaß an Ordnung und Rechtsstaatlichkeit zu sorgen und die schließlich im vergangenen Februar durchgeführten Präsidentschaftswahlen vorzubereiten. In einem Land von der Größe Hessens, das über keinerlei Rückzugsgebiete verfügt, keine nennenswerten Bodenschätze aufzuweisen hat und seit 15 Jahren systematisch daran gehindert wird, seine eigene Entwicklungsdynamik zu entfalten, gelingt es einem 7.000köpfigen Militärkontingent nur mit größter Mühe, halbwegs geordnete Wahlen durchführen zu lassen, deren Ergebnis allerdings die voraufgegangenen 2 Jahre bürgerkriegsähnlicher Unruhen heute im Licht tragischer historischer Redundanz erscheinen lässt. Gewählt wurde schließlich der frühere engste Vertraute des gewaltsam aus dem Amt geworfenen, im südafrikanischen Exil ausharrenden Jean Bertrand Aristide, Henry Preval, der hiermit eine zweite Chance erhält, das Land in ein ruhigeres Fahrwasser zu lenken, wenn man ihn denn gewähren lässt!

Ich führe dieses Beispiel an, um darauf hinzuweisen, dass die Präsenz einer Hals über Kopf zusammengetrommelten 1.500 Mann starken, bunten EU-Truppe in einem von mehrfach potenziertem Gewalt heimgesuchten Land sicher nicht von so respektheischender Bedeutung sein dürfte, dass die sich befehdenden Interessens- und Machtgruppen in dem 30x größeren Territorium der D.R. Kongo ab dem Wahltag zu lammfrommen Demokraten mutieren und ihr zukünftiges Heil in „Guter Regierungsführung“ suchen.

Der 18. Juni kann ebenso gut das Startsignal für den Ausbruch offener Gewalt auf höherer Stufenleiter werden. Und was sollen unsere ahnungslosen Jungs dann dort ausrichten? Besser

wäre es, wenn sie erst gar nichts dort anrichten können, und sei es nur aus falsch verstandener Dienstgeilheit.

Zum Schluß noch eine persönliche Bemerkung, die ich jedoch auch der Öffentlichkeit nicht vorenthalten möchte:

Zu Beginn Ihrer Amtsführung haben Sie bei mir – wahrscheinlich auch bei vielen anderen Zeit-Genossen – Hoffnungen mobilisiert, es könne nun eine neue Epoche aufgeklärter Entwicklungspolitik anbrechen. Diese Hoffnungen erhielten jedoch sehr bald einen empfindlichen Dämpfer, als Sie sich bei verschiedenen Anlässen als vehemente Fürsprecherin für den völkerrechtswidrigen Natokrieg gegen Ex-Jugoslawien outeten. Sie sanken weiter, nachdem Sie der eingeforderten zivil-militärischen Kooperation (besser: Subordination) nichts entgegensetzten und stattdessen Ihr Herz für die Befreiung der afghanischen Frauen laut und vernehmlich klopfen ließen, Ihre britische Kollegin Clare Short jedoch mit ihrer tapferen Kritik an dem auf Lügen gebauten Irakeinsatz der britischen Armee im Regen stehen ließen. Sie befinden sich nun vollends im Keller, da Sie sich in einer auf äußerst schlüpfrigem Boden gebauten Koalitionsregierung erneut zum Falken mausern und damit ewiggestrigen kolonialen Ordnungsvorstellungen den Boden bereiten helfen.

Fehlt nur noch, dass Sie demnächst auch noch eine militärische Strafaktion gegen den „über die rote Linie“ gegangenen Iran dynamisch unterstützen

Mit eher statischen friedens- und entwicklungspolitischen Grüßen,

Ulrich Mercker
c/o Eine-Welt-Forum Bonn e.V.